

Hamburg, 21. April 2010

Für einen politischen AStA und eine demokratische, transparente, nachhaltig handelnde und soziale Studierendenvertretung an der Universität Hamburg.



Arbeitsprogramm für einen neuen Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) von CampusGrün, Regenbogen/Alternative Linke, Linke.SDS und der Piraten HSG. Weitere diesem Programm zustimmende ParlamentarierInnen sind eingeladen, dieses zu unterstützen.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|---|
| Präambel | 2 |
| 1 Hochschul- und Wissenschaftspolitik | 2 |
| 1.1 Demokratisierung der Universität | 2 |
| 1.2 Universität als Ort der Bildung | 3 |
| 1.3 Bauliche Erneuerung der Universität | 3 |
| 1.4 Werbung an der UHH und Hochschulmarketing | 4 |
| 1.5 Wissenschaftsfreiheit | 4 |
| 1.6 Wissenschaftliche Beschäftigungsverhältnisse | 4 |
| 1.7 Wissenszugang | 4 |
| 1.8 Vernetzung und Kooperation ausbauen | 5 |
| 1.9 Ethik der Wissenschaft und Zivilklausele | 5 |
| 1.10 Projekt Geschichte studentischen Engagements | 5 |
| 2 Ökologie und Nachhaltigkeit | 5 |
| 2.1 Energieversorgung der Universität und Uni-Solar | 6 |
| 2.2 Mobilität und Verkehrsplanung | 6 |
| 2.3 Ernährung | 6 |
| 2.4 Materialverwendung an der Uni | 6 |
| 3 Öffentlichkeit, Transparenz und Beteiligung | 7 |
| 3.1 Öffentlichkeit der Arbeit von StuPa und AStA | 7 |
| 3.2 Fachschaftenvernetzung und Gremienarbeit | 7 |
| 3.3 Zusammenarbeit mit teilautonomen Referaten | 8 |
| 3.4 „30+“/Erhöhung der Wahlbeteiligung | 8 |
| 4 Politische Bildung und Kultur | 8 |
| 4.1 Politische Bildungsarbeit | 8 |
| 4.2 Kultur | 8 |
| 4.3 Antifaschismus und Aufklärungsarbeit über Burschenschaften | 8 |
| 5 Sozialpolitik und Beratung | 9 |
| 5.1 Sozialpolitik | 9 |
| 5.2 Ausbau der Rechts- und Sozialberatung | 9 |
| 6 Datenschutz | 9 |
| 7 Finanzen | 9 |

Präambel

Die hochschulpolitischen Listen CampusGrün, Regenbogen/AL, Linke.SDS und die Piraten Hochschulgruppe an der Universität Hamburg stellen im Folgenden ihr Arbeitsprogramm für einen neuen Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) vor.

Wir meinen, dass mit dem Ergebnis der Wahlen zum Studierendenparlament (StuPa) der Universität Hamburg¹ ein Wechsel der politischen Inhalte und der konkreten Arbeit des AStA eingefordert worden ist. Wir sehen eine Mehrheit sowohl auf Seiten der Studierenden wie auch unter den ParlamentarierInnen des Studierendenparlaments für einen AStA mit neuer, politischer Ausrichtung und rufen deshalb die am vorliegenden Programm nicht beteiligten Listen ausdrücklich zur Zusammenarbeit und zur Unterstützung der Bildung eines neuen AStA auf!

Dieser neue AStA wird sich zur Aufgabe machen, nicht nur Hochschulpolitik für Studierende, sondern vor allem gemeinsam mit ihnen zu gestalten. Der AStA ist nicht der einzige Ort an der Universität an dem Hochschulpolitik gemacht wird und die in hochschulpolitischen Gruppen organisierten KommilitonInnen sind auch nicht die einzigen Aktiven an der Uni. Wir wollen uns deshalb insbesondere dafür einsetzen, die Rahmenbedingungen für ein breiteres hochschulpolitisches Engagement der Studierendenschaft herzustellen.

Dafür ist die Information über aktuelle hochschulpolitische Auseinandersetzungen von großer Bedeutung. Wir möchten, dass jede/r Studierende in die Lage versetzt ist, sich für ihre/seine Belange zu engagieren. Hierzu ist für uns ein erster Schritt, die Zusammenarbeit von AStA, Fachschaftsräten, StuPa, studentischen Initiativen und individuell Engagierten zu fördern und gemeinsam mit allen weiterzuentwickeln.

Das bestehende Service- und Beratungsangebot wird von einer Koalition unter Beteiligung unserer Gruppen beibehalten und wo nötig erweitert. Gleichzeitig werden wir eine politische Vertretung für studentische Interessen sein – aber nach neuen Leitlinien: Zentral ist hierbei die aktive Auseinandersetzung gegen die Ökonomisierung und für eine Demokratisierung der Universität. Außerdem setzen wir uns für eine ökologisch nachhaltige Ausrichtung der Universität und eine stärkere Berücksichtigung sozialer Aspekte ein. Wir sehen die Universität als Teil der Gesellschaft und beziehen uns positiv auf historische und gegenwärtige (studentische) Forderungen nach einer demokratischen und sozialen Gesellschaft. Wir arbeiten mit anderen Akteuren der Gesellschaft zusammen, um diese Ziele zu verwirklichen.

Unsere Ziele werden von uns transparent und partizipativ diskutiert und umgesetzt werden. Dies beinhaltet ausdrücklich auch eine faire und sachliche Zusammenarbeit mit der Opposition im Studierendenparlament und eine offenen Diskussionskultur, die politische Inhalte stets vor politisches Kalkül stellt.

1 Hochschul- und Wissenschaftspolitik

1.1 Demokratisierung der Universität

Mitbestimmungsmöglichkeiten an Hochschulen sind nicht vom Himmel gefallen, sondern wurden in den 1960er und 1970er Jahren von unten erkämpft. Wir beziehen uns ausdrücklich positiv auf diese historische Leistung und stehen für die Verteidigung und den Ausbau demokratischer Strukturen in- und außerhalb der Uni ein. Das sogenannte Hochschulmodernisierungsgesetz von 2003 hat in Hamburg zu einem Abbau von Mitbestimmungsrechten für Mitglieder der Universität (ProfessorInnen, Studierende, wissenschaftliches und nicht-wissenschaftliches Personal) geführt und hat bis heute eine verstärkte Top-Down Politik zur Folge.

Wir wollen uns – unter anderem im Rahmen der gegenwärtigen Evaluation und anstehenden Novellierung

¹ Ergebnis vom 18. Januar 2010, <http://stupanews.wordpress.com/2010/01/16/ergebnisse-der-stupa-wahl-2010>

des Hamburgischen Hochschulgesetzes – für eine umfassende Demokratisierung und die Wiederherstellung der universitären Selbstverwaltung der Universität einsetzen.

Dazu gehört, dass viele wichtige Entscheidungen, die das Studium betreffen, zukünftig in den Fächern getroffen sollten. Es muss auch unterhalb der Fakultäten wieder eine Selbstverwaltungsebene mit gewählten Gremien und verpflichtender studentischer Beteiligung geben. Auch werden wir uns für die Umwandlung des derzeit zur Hälfte mit Externen (auch aus der Wirtschaft) besetzten und mit höchsten Entscheidungsbefugnissen versehenen Hochschulrats in ein Gremium mit beratendem Charakter, in dem ein breites Spektrum von RepräsentantInnen des öffentlichen Lebens vertreten ist, einsetzen. Darüber hinaus werden wir daran arbeiten, dass es in Zukunft wieder eine demokratische Wahl des/der PräsidentIn der Universität gibt.

1.2 Universität als Ort der Bildung

Bildung ist ein Menschenrecht und keine Ware und der Zugang zu akademischer Bildung darf nicht vom individuellen finanziellen Leistungsvermögen abhängig gemacht werden.

Deshalb lehnen wir erstens Bildungsgebühren in jeder Form ab. Durch ihre sozial selektierende Wirkung hindern sie Menschen an Teilhabe durch Bildung und fördern soziale Ungerechtigkeit. Staatliche Bildungseinrichtungen sollten aber jedem Menschen die Möglichkeit geben, unentgeltlich seinen Horizont und seine Bildung zu erweitern. In Bezug auf die Universitäten können so auch Modelle „nachgelagerter“ Studiengebühren nicht überzeugen, weshalb wir die politische Arbeit gegen Studiengebühren in Hamburg intensivieren werden. Wir werden uns auf allen uns zur Verfügung stehenden Ebenen für die restlose Abschaffung der Studiengebühren (inklusive der Langzeitstudiengebühren) einsetzen.

Zweitens stehen wir der im Zuge des Bologna-Prozesses zunehmenden Verschulung des universitären Studiums kritisch gegenüber. Unflexible Studienpläne, diverse (strukturelle) Zwangs- und Kontrollmitteln (siehe z.B. STiNE), ein verkürztes Studium und eine Selektierung zwischen Bachelor- und Masterstudierenden steht im Widerspruch zu unserem Verständnis von Bildung als freier Bildung. Wir werden uns daher für eine radikale Reform der Bachelor- und Masterstudiengänge, die Selbstbestimmung und Selbstorganisation ermöglicht bzw. wiederherstellt, einsetzen. Der Master-Abschluss muss hierbei zum Regelabschluss gemacht werden.

Wir werden alle Aktivitäten unterstützen, die darauf gerichtet sind, kurzfristige Verbesserungen für die Mitglieder der Universität – z.B. in Form einer Abschaffung der Anwesenheitskontrollen, einer Reduzierung der Prüfungsdichte, einer 100%igen Übergangsquote vom Bachelor- zum Master-Studium – zu erreichen. Darüber hinaus werden wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln die laufende Debatte um die gesellschaftliche Rolle der Universität auch außerhalb der Uni Hamburg vorantreiben. Wir setzen uns für eine Überführung des bürokratisierten Studiums in ein bildungsfreundliches Studium, das Selbstbestimmung und Selbstorganisation ermöglicht, ein. Eine Studienstruktur, die von der BA/MA-Regelung Abstand nimmt, ist für uns kein Denkverbot. Technologien wie STiNE müssen den Menschen dienen und nicht andersherum, die Struktur von Studiengängen muss den Menschen entsprechen, nicht die Menschen dieser Struktur.

1.3 Bauliche Erneuerung der Universität

Bei Gebäuden und Infrastruktur der Uni Hamburg besteht schon lange Handlungsbedarf um eine konstruktive Lehr- und Lernatmosphäre zu gewährleisten. Eine Vielzahl von Gebäuden bedarf der Sanierung. Neben der Qualität der Gebäude lässt auch die Quantität der zur Verfügung stehenden Räumen vielfach zu wünschen übrig. Der Universität fehlen Räume für den Lehrbetrieb, seien es Hörsäle, Lern- und Arbeitsräume oder auch Räume für Fachschaften und studentische Projekte.

Die Universität Hamburg darf gleichwohl nicht zum Spielball einer einseitigen und kurzsichtigen Stadtentwicklungspolitik gemacht werden, die die Stadt in erster Linie als „Marke“ und die Universität als beliebig verpflanzbaren Standortfaktor begreift (siehe „Wachsende Stadt“, „Marke Hamburg“). Das jetzige Universitätsgelände ist mit dem Umfeld gewachsen und hat eine bewegte Geschichte vorzuweisen. Es stellt somit heute das lebendige kulturelle Zentrum des Grindelviertels dar. Ein Umzug der Universität wäre hier ein gewaltiger Eingriff. Die Diskussion hat gezeigt, dass eine Erneuerung und Erweiterung der Universität in Eimsbüttel möglich und wünschenswert ist. Eimsbüttel ist für uns der geeignetste Standort für die Universität, deshalb lehnen wir auch einen Teilumzug ausdrücklich ab. Wir werden uns konstruktiv für einen Verbleib und einen Ausbau der Universität an ihren jetzigen Orten einsetzen.

1.4 Werbung an der UHH und Hochschulmarketing

Kommerzielle Werbung hat an der Universität nichts zu suchen, da sie dem Prinzip der Unabhängigkeit von Forschung und Lehre entgegensteht. Die Universität begibt sich zudem mit Werbung in die Abhängigkeit von Privatunternehmen. Dies erleichtert zukünftige Mittelkürzungen durch den Staat. Die Folge dieser Mittelverschiebung hin zu einer privatwirtschaftlichen Finanzierung der Universität ist damit ihre weitere Ökonomisierung.

Wir werden uns für ein generelles Werbeverbot an der Uni einsetzen, von dem nur die Bewerbung kultureller und politischer Veranstaltungen ausgenommen werden soll.

Darüber hinaus stehen wir einer Markenbildung der Uni kritisch gegenüber. Da die Universität Hamburg - Marketing GmbH diese Markenbildung und den Wettbewerb zwischen den Universitäten aktiv propagiert, fordern wir in diesem Zusammenhang die Abschaffung der Uni Marketing GmbH sowie die Reintegration ihrer notwendigen Aktivitäten in die kontrollierbaren Strukturen der Universität Hamburg.

1.5 Wissenschaftsfreiheit

Die Finanzierung der Universität darf nicht von kurzfristigen/-sichtigen Exzellenzinitiativen abhängig gemacht werden. Neueste Studien zeigen, dass diese Form der Mittelverteilung (Exzellenzkonzept) kleineren Fächern schadet und die Fächervielfalt insgesamt gefährdet. Demgegenüber werden wir uns für eine bedarfsdeckende öffentliche Finanzierung der Uni und einen Erhalt der Fächervielfalt einsetzen. Zusätzlich fordern wir den Ausstieg der Universität Hamburg aus Universitätsrankings (z.B. CHE-Ranking), die den Wettbewerb um Geld und Prestige zwischen den Hochschulen erzeugen und forcieren. Die Universität Hamburg würde damit verschiedenen weiteren Universitäten folgen, die sich zum Ausstieg aus dem Ranking entschieden haben.

1.6 Wissenschaftliche Beschäftigungsverhältnisse

Wir werden alle Initiativen für eine Abschaffung der prekären Beschäftigungsverhältnisse für studentische Beschäftigte und Lehrende an der Uni gegenüber der Uni-Leitung und der Stadt unterstützen (beispielsweise die Initiative der studentischen Beschäftigten an der Universität Hamburg).²

1.7 Wissenszugang

Wir lehnen die aktuellen Bestrebungen, Wissen verstärkt als Ware und nur unter Gesichtspunkten der Verwertbarkeit zu begreifen (wie in der „Verwertungsoffensive“ des Bundes³) ab. Wissen, das an öffentlichen Einrichtungen geschaffen wird, muss auch frei und kostenlos für alle zugänglich sein!

² <http://studentischebeschaefigte.wordpress.com>

Wissenschaft und Forschung sind zentrale Bausteine für die Zukunft. Mit öffentlichen Geldern geförderte Arbeit muss der Öffentlichkeit zugute kommen. Noch immer sind viele wissenschaftliche Erkenntnisse nur gegen Bezahlung erhältlich, obwohl technisch gesehen die Reproduktion der Werke praktisch kostenfrei erfolgt. Dieses Problem ist vielen Studierenden, Lehrenden sowie Forschenden bewusst, die daher zunehmend dazu übergehen, Arbeiten als Open Access-Publikationen zu veröffentlichen und so einen dauerhaften kostenfreien Zugang zu den Ergebnissen ihrer Forschung sicherstellen.

Wir glauben, dass ein leichter Zugang zu Wissen zu besserer Forschung und mehr Innovation führen wird und darüber hinaus sogar weltweit eine wohlfördernde Wirkung entfalten kann. Gleichzeitig muss eine Infrastruktur geschaffen werden, die digitale Archivierung und den dauerhaften einfachen Zugang zu Publikationen ermöglicht. Diese Aufgabe wird heute vorrangig von den etablierten Verlagen übernommen. Für Open Access-Publikationen entwickeln sich entsprechende Mechanismen erst, oft in loser Kooperation von Bibliotheken und Universitäten. Wir begrüßen daher die Open Access Initiative der Staatsbibliothek⁴ und möchten die praktischen Vorteile für alle Beteiligten des wissenschaftlichen Diskurses verdeutlichen und fördern.

Außerdem fordern wir die Einbeziehung von Software und anderen digitalen Gütern, die mit öffentlichen Mitteln produziert werden, in das Open Access-Konzept. Werke, die von oder im Auftrag von staatlichen Stellen erstellt werden, sollen der Öffentlichkeit zur freien Verwendung zur Verfügung gestellt werden. Der Quelltext von Software muss dabei Teil der Veröffentlichung sein. Dies ist nicht nur zum direkten Nutzen der Öffentlichkeit, sondern die staatlichen Stellen können auch im Gegenzug von Verbesserungen durch die Öffentlichkeit profitieren (Open Source-Prinzip/Freie Software). Weiterhin wird die Nachhaltigkeit der öffentlich eingesetzten IT-Infrastruktur verbessert, die Abhängigkeit von Softwareanbietern verringert und die Sicherheit der eingesetzten Software verbessert.

1.8 Vernetzung und Kooperation ausbauen

Wir wollen die Zusammenarbeit mit anderen Studierendenvertretungen in Hamburg und bundesweit, sowie in Bündnissen wie dem Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), dem Bündnis für Politik und Meinungsfreiheit (PM) und dem Bildungsstreik-Bündnis vorantreiben. Die Fachschaften der Universität werden wir dazu ermuntern, sich im Rahmen der jeweiligen Bundesfachschaftentagungen (BuFaTas) zu engagieren.

1.9 Ethik der Wissenschaft und Zivilklausel

Wir wollen uns in Kooperation mit anderen Hochschulen dafür einsetzen, dass in das Hamburger Hochschulgesetz eine Zivilklausel eingefügt wird. Eine solche Klausel verbietet militärische Forschung an Hochschulen. Wir meinen, dass sich militärische Forschung nicht mit dem Leitbild der Uni Hamburg vereinbaren lässt, in dem sich die Universität das Ziel setzt, durch "Internationalisierung von Bildung und Wissenschaft für eine friedliche und menschenwürdige Welt" zu sorgen. Militärische Forschung widerspricht diesem Friedensgebot und steht einem Dialog der Kulturen im Wege. Die Annahme von Drittmitteln muss deshalb auch insofern geregelt werden, dass etwa für Rüstungs- oder Nuklearunternehmen keine Forschung betrieben wird. Wir setzen uns für die Erstellung von „Schwarzen Listen“ ein, die festlegen, für welche Firmen keine Forschung betrieben werden darf. Kurzfristig werden wir uns für eine Reaktivierung des Rat zu Fragen der Wissenschaftsethik des Akademischen Senats der Universität Hamburg einsetzen, mittelfristig müssen die Kriterien für die von uns angestrebte Schwarze Liste jedoch in einem demokratischen, vierteljährlichen Gremium festgelegt werden.

³ <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Service/publikationen,did=221614.html>

⁴ <http://www.sub.uni-hamburg.de/blog/?cat=20>

1.10 Projekt Geschichte studentischen Engagements

Studentisches Engagement hat Geschichte. Um ein Bewusstsein für diese Teilgeschichte der Universität Hamburg zu schaffen, werden wir ein Dokumentationsprojekt starten, in dessen Rahmen die studentischen Publikationen, die derzeit im Archiv der Universitätsgeschichte aufbewahrt werden, systematisch digitalisiert, strukturiert und für alle verfügbar gemacht werden. Mittelfristig streben wir dabei auch Kooperationen mit Studierendenvertretung anderer Hochschulen mit dem Ziel einer gemeinsam betriebenen Dokumentations- und Rechercheplattform an.

2 Ökologie und Nachhaltigkeit

Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit, hierfür bedarf es der Beteiligung aller Teile unserer Gesellschaft. Aus diesem Grund verpflichtet sich der AStA zu ökologischem Handeln, und dazu, aus Universität und Studierendenschaft heraus Impulse für die Gesellschaft zu geben. Zu diesem Zweck wird ein Referat für Ökologie und Nachhaltigkeit eingerichtet. Der AStA verpflichtet sich bei allen seinen Aktivitäten mit gutem Beispiel voran zu gehen.

2.1 Energieversorgung der Universität und Uni-Solar

Zu einer emissionsneutralen Universität gehört eine nachhaltige Energieversorgung. Dafür bedarf es eines umfassenden Energiekonzeptes für die Universität. Wir fordern, bei zukünftigen Ausschreibungen nicht nur Ökostrom als Bedingung zu nennen, sondern sicherzustellen, dass der Stromanbieter sich auf regenerative Energien beschränkt und Gewinne in Forschung und neue Anlagen investiert. Energie muss, wo immer möglich, eingespart werden. Sei es durch regulierbare Heizungen, selbstausschaltende Beamer oder bessere Isolierung. Häufig führen diese Investitionen zu Einsparungen, so dass sich die Investitionen binnen kürzester Zeit amortisieren.

Es wird angestrebt auf Dächern der Universität Solarpaneele zu installieren. Das Ziel ist hierbei ökologische und forschungsrelevante Faktoren zu integrieren und Studierende für die Möglichkeiten erneuerbarer Energien zu sensibilisieren.

2.2 Mobilität und Verkehrsplanung

Für uns ist das Semesterticket eine sinnvolle Einrichtung, weil es Studierenden preiswerte Mobilität ermöglicht. Wir streiten gegen eine Preiserhöhung und setzen uns für eine erweiterte Personenmitnahme bei den Verhandlungen mit dem HVV ein. Die Metrobuslinie 5 ist die meistbefahrene Buslinie Europas, wir fordern daher, die Linie 5 zur Stadtbahn auszubauen und so die Verkehrsanbindung der Universität zu verbessern. Der Grindelhof soll nach dem Modell SharedSpace zu einer für alle VerkehrsteilnehmerInnen gleichberechtigten Verkehrsfläche werden und so in Zukunft Fußgängern und Radfahrern mehr Raum bieten.

2.3 Ernährung

Der AStA setzt sich beim Studierendenwerk dafür ein, in den Mensen ein kontinuierliches Angebot an nach ökologischen Gesichtspunkten erzeugtem Essen einzuführen. Notwendig ist neben einer Kennzeichnung durch ein geeignetes Siegel auch eine Sensibilisierung der Mensa-NutzerInnen. Das Studierendenwerk als subventionierter quasi-Monopolist auf dem Campus sollte für eine ökologisch sinnvolle Preisgestaltung sorgen. Das Angebot an abgepackten Milchprodukten sollte durch ökologisch erzeugte Produkte aus der Region ersetzt werden. Neben der ökologischen Verantwortung tragen KonsumentInnen von

Nahrungsmitteln auch eine soziale Verantwortung, insbesondere bei Produkten, die in sog. Dritte-Welt-Ländern erzeugt werden. Das Angebot auf dem Campus soll hier durch fair gehandelte Produkte ersetzt/ergänzt werden. Auch zu diesem Thema soll die Studierendenschaft gezielt informiert und sensibilisiert werden. Vorbild für die Arbeit der Verfassten Studierendenschaft zu einem bewussteren Mensa-Angebot kann beispielsweise die Mensa-Policy des StudentInnenRat (StuRa) der Universität Leipzig sein.⁵

Uns geht es nicht darum alle Leute zu Vegetariern oder Veganern zu „erziehen“, dennoch möchten wir uns bspw. für einen Veggie-Day in jeder Mensa einsetzen. Vorbild hierfür ist zum einen Bremen und vor allem die belgische Stadt Gent, wo es an einem Tag der Woche stadtweit in vielen Restaurants sowie in fast allen öffentlichen Kantinen ausschließlich vegetarisches Essen gibt. Außerdem fordern wir täglich eine vegane Hauptmahlzeit.

2.4 Materialverwendung an der Uni

Wir wollen gemeinsam mit der zuständigen Stelle der Universität prüfen, ob eine ressourcenschonendere Materialverwendung möglich ist. Es ist bislang gängig, dass die Uni bestimmte Anschaffungen tätigt, um die dafür bereitgestellten Beträge abzurufen, so dass diese nicht verfallen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die durch die Neubeschaffung obsolet gewordenen Materialien (beispielsweise Tische, Schließfächer und Stühle) nicht direkt verschrottet werden. Besser wäre es, die meist vollkommen funktionsfähigen Gegenstände Interessierten und Bedürftigen kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Außerdem wollen wir anregen, dass sich die Universität bei der IT-Beschaffung an die Richtlinien von PC-Global hält.⁶

3 Öffentlichkeit, Transparenz und Beteiligung

Entscheidungen des AStA und des Studierendenparlaments müssen transparent und nachvollziehbar getätigt werden. Wir stehen nicht für eine Politik der geschlossenen Türen. Der AStA ist eine öffentliche Angelegenheit der Studierenden. Daher müssen selbstverständlich Entscheidungen und Verträge für Studierende barrierefrei zugänglich sein. Die Unkultur geheimer Dokumente und geschlossener Sitzungen muss der Vergangenheit angehören. Nur eine transparente Entscheidungsfindung zumindest ex post ermöglicht es den Angehörigen der Bildungseinrichtung sich ein gutes Bild über die Politik an den Hochschulen zu machen und so am demokratischen Bildungsprozess teilzunehmen.

3.1 Öffentlichkeit der Arbeit von StuPa und AStA

Das öffentliche Interesse an der Arbeit des Studierendenparlaments und des AStA soll durch eine transparente Arbeitsweise erhöht werden. Hierzu bedarf es dringend einer besseren Dokumentation der Sitzungen und Beschlüsse sowie Positionen aller GremienvertreterInnen. Bestehende Plattformen wie <http://www.stupa.uni-hamburg.de/> und <http://www.asta.uni-hamburg.de/> sind daher grundlegend zu überarbeiten. Darüber hinaus sind StuPa und AStA Sitzungen frühzeitig und öffentlichkeitswirksam anzukündigen. Vollversammlungen halten wir für ein wichtiges Instrument, um die Diskussionskultur auf dem Campus zu fördern. Außerdem wollen wir die Bedingungen für studentische Initiativen verbessern.

3.2 Fachschaftenvernetzung und Gremienarbeit

Als AStA wollen wir die Vernetzung der Fachschaftsräte untereinander sowie die Kooperation zwischen Fachschaften und AStA stärken. Im Rahmen dieses Projektes wollen wir gemeinsam mit den Fachschaftsräten

5 <http://www.stura.uni-leipzig.de/mensapolicy.html>

6 <http://www.pcglobal.org>

der Universität Strukturen schaffen, in denen Erfahrungen und Informationen ausgetauscht werden, sowie fachschaftenübergreifende Projekte einfacher umgesetzt werden können.

Bezüglich der Gremienarbeit an der Universität sehen wir unsere Aufgabe in einer aktiveren Unterstützung der Arbeit von Studierenden in den Fachbereichen, Fakultäten, des akademischen Senats und dessen Ausschüsse. Es existieren unterschiedliche Arbeitsweisen der jeweils vorgesehenen Gremien. Viele studentische VertreterInnen würden dabei dennoch von einer Vernetzung untereinander und über Fachbereichsgrenzen hinweg profitieren. Wir wollen hier Angebote machen, um beispielsweise für FakultätsratsvertreterInnen kurzfristig und unkompliziert Möglichkeiten zur stärkeren Zusammenarbeit zu schaffen. In einer Reform der Verfassten Studierendenschaft streben wir unter anderem auch die Einführung einer Fakultätsebene der VS an, damit Fakultätsarbeit von Studierenden zukünftig eine bessere Grundlage erhält.

Die Verfasste Studierendenschaft führt zwei Mal im Jahr eine öffentlich angekündigte Veranstaltung durch, die allen Interessierten die Arbeit und die verschiedenen Ebenen der Studierendenschaft erklärt. Ziel muss es sein so viele KommilitonInnen wie möglich über Mitwirkungsmöglichkeiten zu informieren und zur Wahrnehmung derselben zu ermutigen.

3.3 Zusammenarbeit mit teilautonomen Referaten

Die teilautonomen Referate sind ein wichtiger Bestandteil der Hochschulpolitik. Sie ermöglichen verschiedenen Gruppen eigenständig eine gemeinsame Position zu beziehen und diese in der Universität darzustellen und zu vertreten. Es sollte wieder eine Selbstverständlichkeit sein, die Selbstständigkeit der teilautonomen Referate anzuerkennen. Dazu gehört insbesondere die Bestätigung der gewählten Referentinnen und Referenten. Des Weiteren werden wir uns für eine Wiedereinführung des teilautonomen Frauenreferats einsetzen, dessen Aufgaben von lediglich einer/m Gleichstellungsbeauftragten nicht vollständig erfüllt werden können.

3.4 „30+“/Erhöhung der Wahlbeteiligung

Wir halten demokratische Strukturen als Teil des universitären Lebens für unerlässlich. Durch gelebte Demokratie an den Bildungseinrichtungen wird den verschiedenen Mitgliedern der Universitäten angemessene Einflussnahme ermöglicht, die Akzeptanz der Entscheidungen erhöht. Eine Wahlbeteiligung von derzeit 25 Prozent halten wir nicht nur für die angehenden AkademikerInnen als schmerzhaft niedrig. Wir wollen die demokratischen Mittel der Universität stärken und somit das Interesse an Wahlen steigern.

4 Politische Bildung und Kultur

4.1 Politische Bildungsarbeit

Politische Bildungsarbeit ist für uns ein wichtiges Anliegen. Als AStA werden wir gemeinsam mit KooperationspartnerInnen und KommilitonInnen selber Vorlösungsreihen oder Seminare zu ausgewählten Themen veranstalten.

4.2 Kultur

Festivals, Theater, Ausstellungen und ähnliches sind Teil unseres kulturellen Lebens auf dem Campus. Kulturelle Veranstaltungen als Schnittstelle diverser Einflüsse und studentischer Interessen geben Anregungen

und Denkanstöße, sie können unsere politische Kultur bereichern. Kultur ist für uns gestalterischer Ausdruck, geistige und praktische Auseinandersetzung und Umformung dessen, was uns täglich umgibt. Für Studierende gehört der Campus zum Mittelpunkt ihres Lebens. Deshalb fordern wir die Öffnung universitärer Räume zur freien Nutzung als studentische Kulturräume. Schwerpunkt der AStA-Arbeit im Bereich Kultur soll die Förderung einer von Studierenden für Studierende aktiv gestalteten sein.

4.3 Antifaschismus und Aufklärungsarbeit über Burschenschaften

Antifaschistische Arbeit war und ist notwendig, nach wie vor auch an Universitäten. Im Nationalsozialismus wurde versucht, faschistisches Handeln mit pseudo-wissenschaftlichen Mitteln wie der Rassenideologie zu legitimieren. In Anbetracht dessen müssen Universitäten sich heute ihrer Verantwortung bewusst sein und sich gegen Faschismus engagieren. Dies gilt auch für Studierendenvertretungen. Der Faschismus ist keine Wissenschaft, keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Deshalb stellen wir uns gegen Faschismus und werden mit Bündnissen wie dem Hamburger Bündnis gegen Rechts zusammenarbeiten. Eine regelmäßige Aufklärungsarbeit über die Hamburger Burschenschaften wird fester Bestandteil der Arbeit unseres AStA sein.

5 Sozialpolitik und Beratung

5.1 Sozialpolitik

Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Würde, das sich in sozialen Grundrechten manifestiert. Die Sorge, existenzielle Grundbedürfnisse nicht befriedigen zu können, verhindert die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Steigende Preise bei den Lebenshaltungskosten – u.a. bei Wohnraum, Mobilität, Nahrungsmitteln und Gesundheitsvorsorge sowie Bildungsgebühren – führen zu sozialer Selektion.

Um auch finanziell benachteiligten Menschen zu ermöglichen, ein Studium aufzunehmen, ist die Förderung im Rahmen des BAföG eine wichtige Errungenschaft. Wichtige Forderungen sind in diesem Zusammenhang der Abbau von Restriktionen bei der Vergabe, die Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten und eine angemessene Erhöhung.

5.2 Ausbau der Rechts- und Sozialberatung

Die Rechts- und Sozialberatung muss ausgebaut und durch regelmäßige Informationsveranstaltungen ergänzt werden. Wir wollen uns für eine stärkere Verknüpfung der Rechts- und Sozialberatung mit der AStA-Politik einsetzen. Klagen gegen Studiengebühren, BAföG-Bescheide o.Ä. haben oft Vorbildcharakter für andere Studierende. Daher werden wir – soweit von den betroffenen KommilitonInnen erwünscht – im Falle juristischer Auseinandersetzungen diese politisch unterstützen und Öffentlichkeit dafür schaffen.

6 Datenschutz

Jeder Mensch hat das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und Schutz seiner personenbezogenen Daten. Wir fordern deswegen das Recht aller Studierenden und Angehörigen der Universität auf Einsicht und Korrekturmöglichkeit ihrer persönlichen Daten. Daten dürfen nicht auf Vorrat gespeichert werden und müssen unter dem Prinzip der Datensparsamkeit zusammengetragen werden. Mit dem Ziel der Etablierung einer neuen Praxis in puncto Datenschutz an der Universität Hamburg werden wir den Posten eines/r studentischen Datenschutzbeauftragten einrichten, der/die nicht nur die Arbeit des AStA

überwacht, sondern insbesondere Verwaltungsprozesse der Universität kritisch begleitet, bestehende Missstände dokumentiert und sich in Zusammenarbeit mit beispielsweise dem Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit für eine Verbesserung der Lage einsetzt.

7 Finanzen

Der verfassten Studierendenschaft stehen jährlich etwa 800.000€ zur Verfügung. Wir stehen für einen verantwortlichen Umgang mit dem Geld der KommilitonInnen ein. Wichtigstes Kriterium bei der Mittelverwendung ist für uns die Interessenvertretung der Studierenden. Studierende haben das Recht transparent über die Verwendung der von ihnen aufgebrauchten Mittel informiert zu werden. Wir werden die kommenden Haushalte deshalb allgemeinverständlich aufbereiten und veröffentlichen. Eine Auslagerung von Angeboten und Leistungen des AStA für Studierende an Firmen oder Vereine lehnen wir ab.